

AKTIV

Vom Umweltinstitut München:

Gentechnik-Durchmarsch stoppen!

Die Zeit drängt: Mitte Juli will der Verbraucherkommissar John Dalli der EU-Kommission seine Gentechnik-Pläne vorstellen. Setzt er sich durch, wird sich die Genlobby die Hände reiben. Denn gentechnisch manipulierte Pflanzen könnten dann viel leichter zugelassen werden.

In seiner gestrigen Sitzung konnte sich der EU-Agrarministerrat, auch Frau Aigner, nicht zu einer qualifizierten Mehrheit gegen eine Zulassung von sechs gentechnisch veränderten Maissorten als Futter- und Lebensmittel durchringen. Damit ist die Entscheidung der EU-Kommission überlassen. Die Minister haben wieder eine Möglichkeit versäumt, eine Entscheidung im Sinne der überwiegenden Mehrheit der Verbraucher zu treffen.

Helfen Sie mit, den Durchmarsch der Gentechnik in Europa zu verhindern! Schicken Sie noch heute eine Protest-Mail an Bundeskanzlerin Merkel, Umweltminister Röttgen und die Mitglieder des EU-Agrarausschusses. Hier geht es zu unserer Online-Kampagne:

<http://umweltinstitut.org/gentech-stoppen>

=====

BUCH

Ulf Sauerbrey

ADHS durch Umweltgifte?

Schadstoffe in der Kinderumwelt

Im Alltag von Kindern findet sich heute eine Vielzahl verschiedener Umweltgifte, deren Rolle in der Entstehung kindlicher Verhaltensauffälligkeiten wenig beachtet ist. Medizinische Studie verweisen jedoch durchaus auf neurotoxische Schadstoffe, die für die Entstehung der Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS)

bedeutsam sind. Da Pädagogik die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern ständig prüfen muss, schneidet dieses Thema auch die Erziehungswissenschaft. Ein Überblick über Umweltgifte als Risikofaktoren der ADHS ist für Pädagogen und Eltern unabdingbar.

Das Buch ermöglicht dem Leser einen auf empirischen Studien basierenden Gesamtüberblick zu alltäglichen Umweltgiften, die ADHS verursachen oder zumindest verstärken können. Die Publikation bietet im wissenschaftlichen Diskurs über ADHS bisher kaum beachtete Faktoren und gibt einen ersten Gesamtüberblick über Studien zu Umweltgiften und ADHS. Somit erweitert die Abhandlung den wissenschaftlichen Diskurs um einen wesentlichen Risikofaktor

12,90 €, 110 S., Pädagogische Reform (PRe), Bd. 11, 1. Auflage 2010, ISBN 978-3-941854-14-7

Anmerkung Scherrmann:

Ich wuensche dem Buch und dem Wissen in dem Buch grosse und rasche Verbreitung.

=====

CHEMIKALIEN - Umweltschadstoffe

10. 05. 2010

Medizin US-Report: Umwelt als Krebsrisiko unterschätzt

Washington – Ein noch von der Bush-Administration beauftragter Report kommt zu dem Ergebnis, dass die Krebsgefahr durch Umweltschadstoffe deutlich höher ist als bisher angenommen.

http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/41172/US-Report_Umwelt_als_Krebsrisiko_unterschaezt.htm

Original:

2008–2009 Annual Report i President's Cancer Panel: **Reducing Environmental Cancer Risk
What We Can Do Now**

http://deainfo.nci.nih.gov/advisory/pcp/pcp08-09rpt/PCP_Report_08-09_508.pdf

American Cancer Society Perspectives on Environmental Factors and Cancer

Elizabeth T. H. Fontham, DrPH1; Michael J. Thun, MD2; Elizabeth Ward, PhD3; Alan J. Balch, PhD4;
John Oliver L. Delancey, MPH5;

Jonathan M. Samet, MD6; **on behalf of the ACS Cancer and the Environment Subcommittee**

<http://caonline.amcancersoc.org/cgi/reprint/59/6/343.pdf>

Anmerkung Scherrmann:

Fuer mich erstaunlich, dass diese Veroeffentlichung im Deutschen Aerzteblatt erwaeht wird.

=====

CHEMIKALIEN - BISPHENOL A

25. 05. 2010

Von Coordination gegen BAYER-Gefahren

Bisphenol A: Risikoreiche Anwendungen jetzt verbieten!

Schäden besonders bei Kleinkindern befürchtet / Dänemark und Frankreich beschließen

Verbote / BAYER AG größter deutscher Produzent

Mehrere europäische Länder planen Verbote von Bisphenol A in risikoreichen Anwendungen. Besonders umstritten ist die Verwendung der Chemikalie in Lebensmittel-Verpackungen, Babyflaschen und Kinderspielzeug. Dänemark und Frankreich beschlossen Verbote für alle Produkte, die mit Kindernahrung in Berührung kommen, das dänische Verbot gilt ab Anfang Juli. Auch Schweden kündigte Einschränkungen an. Schon 2008 hatte Kanada Bisphenol A als „gefährliche Substanz“ deklariert und als erstes Land eine Verwendung in Babyflaschen untersagt.

weitere Informationen:

Franzosen verbieten BPA in Babyflaschen:

http://www.kunststoffweb.de/KI_ticker/BPA_Franzosen_verbieten_BPA_in_Babyflaschen_t216272

EFSA announces delay in bisphenol A verdict: www.foodproductiondaily.com/Quality-Safety/EFSA-announces-delay-in-bisphenol-A-verdict

Süddeutsche Zeitung "Hormone in Babyflaschen": www.cbgnetwork.org/1797.html

Bisphenol A in Kanada als „gefährliche Substanz“ eingestuft

Coordination gegen BAYER-Gefahren

www.CBGnetwork.org

Gefährliche Chemikalien in Plastikprodukten für Babys

Der Streit um die Verwendung von Bisphenol-A für die Produktion von Babyfläschchen und Essensbehältern geht in die nächste Runde: Anfang April 2010 fordern führende WissenschaftlerInnen aus den USA, Großbritannien und Italien die Regierungen auf, Bisphenol-A (BPA) für die Herstellung von ...

[http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-](http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2429&nummer=16/2010&zg=13)

[bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2429&nummer=16/2010&zg=13](http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2429&nummer=16/2010&zg=13)

Mehr Informationen (in Englisch): <http://www.independent.co.uk/life-style/health-and-families/health-news/scientists-call-for-ban-on-danger-chemical-1938690.html>

Dazu siehe auch BUNDESTAG 7.07.2010 und 10. 05. 2010

CHEMIKALIEN - BROMIERTE FLAMMSCHUTZMITTEL

Erst jetzt entdeckt:

Seminararbeit an der Uni Wuerzburg 2005/2006

Stephanie Mueller: **Bromierte Flammschutzmittel**

<http://www.pzlc.uni-wuerzburg.de/Studium/Lmc/Seminare/BromFlammschutzmittel.pdf> oder
<http://www.pharmazie.uni-wuerzburg.de/Studium/Lmc/Seminare/BromFlammschutzmittel.pdf>

CHEMIKALIEN - CHLOR

28.05.10

Lieber chlorfrei planschen / Gechlortes Wasser macht Kinder für Asthma anfällig

Baierbrunn (ots) - Schwimmen in gechlortem Wasser erhöht bei Kleinkindern das Risiko für spätere Atemwegserkrankungen, berichtet die "Apotheken Umschau". Den Zusammenhang legt eine Studie der Universität Leuven in Belgien nahe. Die Analyse der Daten von 450 Kindern ergab, dass vor allem Schwimmbadbesuche im Alter von unter zwei Jahren die Häufigkeit einer Entzündung in den feinen Verästelungen der Bronchien erhöhten. Dadurch steige die Gefahr, an Asthma oder Allergien zu erkranken. Grundsätzlich gilt Schwimmen jedoch als ideale Bewegungsform für kleine Asthmapatienten.

Mehr Infos über den Umgang mit Asthma und die Therapie der Krankheit unter www.apotheken-umschau.de/asthma

Anmerkung Scherrmann:

Ich wundere mich bei so einer Meldung immer, dass sogar die Apotheken-Umschau sie bringt, auch wenn es unzureichend ist, die Probleme nur bzgl. der Kinder unter 2 Jahren zu diskutieren. Diese Pressemitteilung ist am 16, 07, 2010 nicht mehr unter www.apotheken-umschau.de zu finden.

CHEMIKALIEN - DUFTSTOFFE

Deutschland schwitzt – sie ist dagegen: Ursula Frerichs, Präsidentin des Unternehmerverbands mittelständische Wirtschaft, will eine Deopflcht für alle Arbeitnehmer.

http://www.focus.de/finanzen/karriere/berufsleben/deopflcht-wer-stinkt-fliegt-raus_aid_527342.html

Kommentar Scherrmann:

Leider kein Aprilscherz.

Im Kontrast dazu: 14. 03 .2010

Parfum-Verbot für US-Beamte

In Detroit könnte dies in nächster Zeit Wirklichkeit werden. Nachdem im Jahr 2008 eine Büroangestellte wegen gesundheitlicher Probleme eine Klage eingereicht hatte und das Gericht ihr Recht gab und ihr 100'000 Dollar als Wiedergutmachung zusprach, mussten sich die Behörden Gedanken darüber machen, wie sie zukünftig derartige Probleme lösen könnten. Da man sich vor weiteren Klagen fürchtete, wollte man sich lieber mit einem neuen Gesetz absichern. Aus diesem Grund erhalten Angestellte der Stadt Detroit in Kürze eine Warnung, dass sie keinerlei duftende Pflegeprodukte mehr verwenden dürfen. ...

Bericht dazu im Blick:

<http://m.blick.ch/news/ausland/parfum-verbot-fuer-us-beamte-142669>

in Englisch: http://www.mlive.com/news/detroit/index.ssf/2010/03/detroit_city_employees_banned.html

=====

CHEMIKALIEN - ENDOKRINE DISRUPTOREN

15. 04. 2010

Vom WECF

Endokrine Disruptoren und das weibliche Fortpflanzungssystem - Ein Bericht über den Workshop „Women's Reproductive Health and the Environment“

Auf deutsch: http://www.wecf.eu/download/2010/04/WECF_gestrte_weiblichkeit_2010.pdf

Anmerkung Scherrmann:
Hervorragende Broschuere

=====

CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

9.07.2010

Laserdrucker - Gesünder drucken mit Soja statt Erdöl

Soja-Patronen für Laserdrucker sollen weniger gesundheitsschädlich, günstiger und umweltfreundlicher sein.

<http://www.zeit.de/digital/2010-07/soja-laser-drucker-umwelt>

Anmerkung Scherrmann:
Mein Eindruck ist ambivalent: Es stellt sich mir die Frage, ob transgener Mais fuer Laserdrucker ein neues Produktionsfeld von MOMSANTO & co sind.

18.05.2010

Großstadtluft treibt Blutdruck in die Höhe

NEW ORLEANS (ob). Die mit Feinstaub stark belastete Luft in städtischen Ballungsgebieten trägt anscheinend dazu bei, dass sich der Blutdruck ihrer Bewohner erhöht. Belege dafür haben deutsche Forscher jetzt bei einem Kongress in New Orleans vorgelegt.

Die Skyline von Shanghai im Dunst: Bei erhöhter Feinstaubkonzentration ist auch der Blutdruck der Shanghaier erhöht.

An der These, dass zwischen der Luftbelastung mit Feinstaubpartikeln etwa aus Brennstoffen und dem Risiko für kardiovaskuläre Erkrankungen ein direkter Zusammenhang besteht, ist kaum noch zu rütteln. In diesen Tagen hat die amerikanischen Kardiologen-Fachgesellschaft AHA eine 48-seitigen Bericht veröffentlicht, der den aktuellen Stand der Forschung in dieser Frage widerspiegelt (Circulation 2010; 121: 2331).

Nach Meinung der Verfasser lässt die inzwischen vorhandene Gesamtmenge an Studiendaten den Schluss zu, dass eine "kausale Beziehung zwischen Feinstaubbelastung und kardiovaskulärer Morbidität und Mortalität" besteht.

Bekannt ist, dass hohe Feinstaubkonzentrationen in der Luft als "Trigger" kardiovaskuläre Akutereignisse, wie etwa einen Herzinfarkt, auslösen können. Wie aber tragen die eingeatmeten Staubpartikel zur Entwicklung chronischer Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei?

Hinweise auf einen möglichen Mechanismus geben aktuell bei Kongress der American Thoracic Society in New Orleans vorgestellte epidemiologische Studiendaten einer deutschen Forschergruppe. Das Team um Dr. Barbara Hoffmann hat in seiner Studie die Daten von 4352 Bewohnern der Region Bochum, Mülheim/Ruhr und Essen ausgewertet, die Teilnehmer an der "Heinz Nixdorf Recall Study" sind.

Analysiert wurden die Blutdruckwerte dieser Personen in Abhängigkeit von der Langzeitbelastung mit Feinstaubpartikeln am Wohnort. Berücksichtigt wurde dabei die Belastung sowohl mit groben Partikeln (kleiner als 10 µm) als auch mit alveolengängigen feinen Partikeln (kleiner als 2,5 µm).

Die Untersucher stießen dabei auf eine Assoziation von gradueller Feinstaubbelastung in der Luft und Höhe des Blutdrucks: Mit jeder Zunahme der Konzentration an feinen Partikeln um 2,4 µg/m³ erhöhte sich der systolische Blutdruck im Mittel um 1,7 mmHg und der diastolische Druck um 0,8 mmHg. Bei groben Partikel war die Assoziation mit dem Blutdruck ähnlich. Bei Frauen war der Blutdruckanstieg stärker ausgeprägt als bei Männern.

Zu denken gibt, dass der Zusammenhang zwischen Luftbelastung und Blutdruck schon unterhalb der heute gültigen Grenzwerte zu erkennen war. Seit Anfang des Jahres 2005 gelten zum Schutz der menschlichen Gesundheit als EU-Grenzwerte für Feinstaub (grobe Partikel) ein Jahresmittelwert von 40 µg/m³ und ein Tagesmittelwert von 50 µg/m³, der bis zu 35 Mal im Jahr überschritten werden darf.

<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/herzkreislauf/bluthochdruck/default.aspx?sid=603300>

Original, abstract 1. 06. 2010: <http://circ.ahajournals.org/cgi/content/short/121/21/2331>
Fulltext: <http://circ.ahajournals.org/cgi/reprint/CIR.0b013e3181dbee1v1>
(kostenlos downloadbar)

Hervorhebungen: Scherrmann:

Dissertation von Kerstin Ulrich
Gentoxische, mutagene und immunmodulatorische Wirkung von Feinstaubextrakten einer Industrieanlage
http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/volltexte/2010/10562/pdf/Dissertation_Kerstin_Ulrich.pdf

=====

CHEMIKALIEN - Medikamenten-Rückstände im Wasser

Fische auf Drogen

Paul Bergmann: Die Rückstände aus Medikamenten gelangen durch das Abwasser fast ungefiltert in die Natur - mit dramatischen Folgen für viele Fischarten. Technisch wäre es längst möglich, die Klärwerke zu verbessern, aber den Berliner Wasserbetrieben ist das zu teuer

Inzwischen nicht mehr auf <http://taz.de> kostenlos lesbar

=====

CHEMIKALIEN – PESTIZIDE

Von der Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung:
Expositionsbeurteilung bei krebserzeugenden Stoffen
Fragen und Antworten zum neuen Risikoakzeptanzkonzept, speziell zum Thema Exposition-Risiko-Beziehung (ERB)
<http://www.dguv.de/ifa/de/fac/erb/index.jsp>

Anmerkung Scherrmann:
Auch wenn die Veröffentlichungen der dguv (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung) immer kritisch betrachtet werden sollten, gibt es hier doch ggf. hilfreiche Informationen.

Von PAN:
23. 06. 2010

Internationaler Monitoring-Bericht dokumentiert gesundheitliche Folgen von Pestizideinsätzen. Globales Netzwerk fordert sofortiges Handeln.

(Brüssel, 24. Juni 2010) Parallel zu einer brüsseler Veranstaltung von CropLife, dem globalen Verband der Pestizidhersteller und Pestizidvertreiber, in dem Konzerne wie Syngenta und Monsanto zusammengeschlossen sind, veröffentlicht das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) International heute den Monitoring-Report "Communities in Peril: Global Report on the health impacts of pesticides used in agriculture". Der Report dokumentiert, dass gefährliche Pestizide in aller Welt vielfach unter problematischen Bedingungen verwendet werden und ruft Firmen, Regierungen und internationale Einrichtungen auf, umgehend Maßnahmen zur Beseitigung der Pestizid-Gefahren einzuleiten.

"Die Ergebnisse des Monitoring widerlegen die von Pestizidherstellern gemachten Aussagen zur "sicheren Anwendung" von Pestiziden" sagt Dr. Abou Thiam, Direktor von PAN Afrika. "Die Daten zeigen, dass die Anwendungsbedingungen in Ländern des globalen Südens dazu führen, dass Menschen durch Pestizide regelmäßig Gesundheitsschäden erleiden."

Link zum Report:

<http://www.pan-international.org/panint/files/PAN-Global-Report.pdf>

Weitere Informationen:

- PANNA's drift catcher: <http://www.panna.org/drift/catcher>
- PAN's report on Highly Hazardous Pesticides: http://www.pan-germany.org/gbr/project_work/highly_hazardous_pesticides.html
- PAN Asia Pacific: <http://www.panap.net>
- Communities in Peril, African version (in French and English): http://pan-afrique.org/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=27&Itemid=106
- PAN Latin America, RAPAL: <http://www.rap-al.org/>

*

21. 06.2010

**Gefährliche Haushaltschemikalien weiterhin frei verkäuflich?
In Brüssel fällt Vorentscheidung zur neuen Biozid-Verordnung**

Am 22. Juni 2010 stimmt der Unterausschuss des Europäischen Parlaments über neue Regelungen zur Zulassung und Vermarktung von gefährlichen Produkten wie Holzschutzmitteln oder Insektensprays ab. Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) ruft die deutschen Europaabgeordneten auf, sich für ein klares Verbot aller für Verbraucher und Umwelt schädlichen Chemikalien einzusetzen.

Nach einer Analyse von PAN Germany würden die vorgeschlagenen Ausschlusskriterien unter 5% der derzeit verwendeten Biozid-Wirkstoffe betreffen.

"Wirkstoffe, die für die Entwicklung von Nerven- und Immunsystem schädlich sind, sollen scheinbar nicht verboten werden" kritisiert die PAN-Geschäftsführerin Carina Weber. "Wenn es nach den industriefreundlichen Kräften im EU-Parlament geht, darf die Biozidindustrie weiterhin gefährliche Stoffe in frei verkäuflichen Haushaltsprodukten einsetzen. Was wir dringend brauchen, sind verbindliche Ausstiegspläne und die konsequente Förderung von unbedenklichen Produkten."

Biozide umfassen eine sehr große Gruppe von rund 50.000 Produkten in der EU, die außerhalb des Pflanzenschutzes gegen Schädlinge und Lästlinge eingesetzt werden. Viele der Biozide, die Säugetiere, Fische, Insekten oder Bakterien abtöten, bergen das Risiko von Vergiftungen oder langanhaltender Gesundheitsrisiken und von Umweltbelastungen.

Das PAN Germany Hintergrundpapier "PAN-Liste potentieller cut-off Biozide" ist als PDF-Download verfügbar unter: http://www.pan-germany.org/download/biozide/PAN-cut-off-Liste_100621.pdf

Presseinformation: http://www.pan-germany.org/download/presse/PI_Biozide_100621.pdf

*

8.06.2010

Fortschritt im Verbraucherschutz / Höchstgehalte für Pestizidrückstände werden europaweit gesenkt

Hamburg (ots) - Ab Montag, 7. Juni 2010 werden über tausend Höchstgehalte für Pestizid-Rückstände in Lebensmitteln verschärft.

Nach jahrelangem Ringen mit den Behörden ist dies ein wichtiger Schritt für einen besseren Schutz des Verbrauchers, betonen die Umweltorganisationen Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) und Greenpeace. Der Weg dahin war lang. Seit 2005 regelt eine Verordnung die Vereinheitlichung von EU-Rückstandshöchstmengen für Pestizide in Lebensmitteln. PAN Germany und Greenpeace konnten belegen, dass bei Einhaltung jener EU-Höchstmengen häufig eine akute Gesundheitsgefährdung, besonders für Kinder, nicht auszuschließen ist. So sind z.B. 5 mg/kg des fortpflanzungsschädigenden Procymidon in Tafeltrauben erlaubt, obwohl die Grenze für das akzeptierbare Risiko rund 30 Mal überschritten wird. Letztlich räumte die europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) ein, dass viele Rückstandshöchstgehalte Anlass für gesundheitliche Bedenken gäben.

Die Absenkung dieser Höchstgehalte wurde daraufhin in einer Verordnung beschlossen, die jetzt rechtskräftig wird. Für Procymidon werden anstatt 5 nur noch 0,02 mg/kg Rückstand im Obst erlaubt sein.

Carina Weber, Geschäftsführerin von PAN Germany: "Es ist wichtig, dass diese Höchstmengen-Korrektur nun endlich erfolgte. Leider kommt sie Jahre zu spät. Viele Lebensmittel mit zu hohen Rückständen wurden inzwischen verzehrt".

Manfred Santen, Pestizidexperte von Greenpeace: "Wir begrüßen die Absenkung von Höchstmengen, stellen aber gleichzeitig fest, dass dies lediglich ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Die Verordnung berücksichtigt nur einen kleinen Teil der tatsächlich zu beanstandenden Regelungen." Greenpeace und Global 2000 hatten 2008 in einer Studie nachgewiesen, dass eine Vielzahl der von der EU Kommission festgelegten Höchstgehalte als "nicht sicher" einzustufen sind.

Ein zusätzliches Problem sind mögliche Kombinationswirkungen zwischen den Pestizidwirkstoffen ("Cocktail-Effekt"), die bei der Festlegung von Höchstgehalten unberücksichtigt sind. PAN Germany und Greenpeace machten bereits 2005 auf das Problem aufmerksam und fordern, dass bei der Berücksichtigung von Mehrfachbelastungen zum Schutz der Verbraucher nachgebessert wird.

<http://www.pan-germany.org/deu/~news-970.html>

PAN Germany ist eine gemeinnützige Organisation, die über die negativen Folgen des Einsatzes von Pestiziden informiert und sich für umweltschonende, sozial gerechte Alternativen einsetzt und Teil des internationalen Pesticide Action Network (PAN) www.pan-germany.org

15.07.10

Positionspapier zum Pflanzenschutz veröffentlicht

Wachtberg (ots) - In Deutschland regelt die Bienenschutzverordnung die Anwendung bienengefährlicher Pflanzenschutzmittel (PSM). Die Missachtung der Bienenschutzverordnung kann die Entstehung schwerer Bienenschäden zur Folge haben.

Die strikte Beachtung der Verordnung ist daher das wichtigste Instrument zur Vermeidung solcher Schäden. Trotz dieser strengen Auflagen ist es in den vergangenen Jahren immer wieder zu massiven Bienenschäden durch PSM-Anwendung gekommen. ...
Mehr unter <http://www.deutscherimkerbund.de/index.php?start>

=====

CHEMIKALIEN - POPs

05.06.2010

Vera Kriebel, PCB, Dioxine und Furane - Messungen und Grenzwerte für die POPs
Vollständigen Artikel:

<http://biotechnologie-pharmazie.suite101.de/article.cfm/pcb-dioxine-und-furane---messungen-und-grenzwerte-fuer-die-pops#ixzz0tM8BjujG>

=====

CHEMIKALIEN in SPIELZEUG

Gefährliche Lieblinge – Hormoncocktail im Spielzeug

Immer wieder lassen Untersuchungen zur Chemikalienbelastung von Spielsachen und kindernahen Produkten aufschrecken: Teddy, Schnuller & Co. sind häufig hoch mit die Gesundheit gefährdenden Schadstoffen belastet. Das ist beunruhigend, denn gerade Kinder sind besonders sensibel.

http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/chemie/chemie_im_alltag/versteckte_gifte/spielzeug/gefaehrliche_lieblinge/

Anmerkung Scherrmann:

Ich finde, diese Broschuere sollten alle Eltern kennen. Ich hoffe, dass viele AertztInnen, speziell KinderaerztInnen diese Broschuere in Ihren Praxen auslegen.

=====

CHEMIKALIEN - TABAK

15.06.2010

Vom WECF:

„**Kindergesundheit geht vor! Passivrauch vermeiden!**“

WECF-Flyer zur Vermeidung von Zigarettenrauchbelastung in Wohnräumen unter

<http://wecf.eu/english/publications/2010/flyer-passivrauch.php>

18.06.2010

RKI: Gesundheitsrisiko Passivrauchen

Aktuelle Daten zum Passivrauchen stehen im Mittelpunkt der dritten Ausgabe von GBE kompakt. Die Verbreitung des Passivrauchens in Deutschland wird anhand von Ergebnissen der GEDA-Studie 2009 und des KiGGS-Surveys dargestellt. Außerdem werden die damit verbundenen Gesundheitsrisiken und der Stand des Nichtraucherschutzes in Deutschland erörtert.

http://www.rki.de/cln_160/DE/Content/GBE/Gesundheitsberichterstattung/Kompakt/Kompakt_node.html?_nnn=true

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Von Diagnose-Funk.org :

Monatsinfo Juli:

http://www.diagnose-funk.org/downloads/df_kompakt_2010-7.pdf

23. 06. 2010

Vom DAEB:

Kein Krebsrisiko in der Nähe von Sendemasten

London – Kinder, die in der Nähe von Sendemasten für den Mobilfunk leben, haben den Ergebnissen einer Fall-Kontroll-Studie im Britischen Ärzteblatt (BMJ 2010; 340: c3077) zufolge kein erhöhtes Krebsrisiko.

Die Zunahme der Sendemasten, vor allem wenn sie in der Nähe von Siedlungen aufgestellt sind, macht vielen Menschen Angst. Immer wieder finden sich in den Lokalmedien Berichte über eine Häufung von Krebserkrankungen, die auch Gegenstand von wissenschaftlichen Studien sind.

Kritiker wird dies sicherlich nicht überzeugen. Ihnen dürfte sogleich auffallen, das die Studie vom Mobile Telecommunications and Health Research Programme (MTHR) gesponsert wurde, der vom Gesundheitsministerium zusammen mit den Mobilfunkanbietern geschaffen wurde, um die Auswirkungen des Mobilfunks auf die Gesundheit zu untersuchen.

<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/41712/>

Anmerkung Scherrmann:

Hier ist fuer mich vor allem interessant, wie das Aerzteblatt mit der Meldung umgeht.

Aus www.elektrosmognews.de :

18. 05. 2010:

Die Untersuchungsergebnisse der 13 beteiligten Ländern sollten bereits 2005 erscheinen, man konnte sich aber damals hinsichtlich der Gesamt-Bewertung der Einzelergebnisse nicht einigen, deswegen unterblieb die Veröffentlichung bis heute. D. h. 5 beteiligte Länder gaben ihre Einzel-Ergebnisse bereits nach und nach bekannt

Mehr unter http://www.elektrosmognews.de/news/20100517_030948.html

22.03.2010

Handystrahlung – eine Gefahr für Kinder?

Dokumentation einer Kontroverse

Briefwechsel zwischen Dr. med. Joachim Mutter und Professor Alexander Lerchl

<http://www.kompetenzinitiative.net/gesundheitsstrahlenschutz-kommission/offene-briefe/gefah-fuer-kinder-dokumentation-einer-kontroverse.html>

Fundierter Verdacht auf Gesundheitsschäden

Offener Brief vom 24.05.2007

An den Vorsitzenden der Strahlenschutzkommission

Prof. Dr. W.-U. Müller c/o Universitätsklinikum Essen

Institut für Medizinische Strahlenbiologie

Fundierter Verdacht auf Gesundheitsschäden durch Hochfrequenzexposition bei einer Vielzahl von Menschen weit unterhalb der gültigen Grenzwerte [37 KB]

<http://www.kompetenzinitiative.net/gesundheitsstrahlenschutz-kommission/offene-briefe/fundierter-verdacht-auf-gesundheitsschaeden.html>

Anmerkung Scherrmann:

Fuer alle, die sich im taeglichen Leben auf eine Diskussion ueber Elektromog einlassen, sind diese beiden Veroeffentlichungen der Kompetenzinitiative unabdingbar.

30.03.2010

Von www.funkstrahlung.ch :

Aufhebung des Glühlampenverbots gefordert

Energiesparlampen: BAG (Schweiz) bestätigt gesundheitsbeeinträchtigende Strahlung

Die neue BAG/BFE-Studie zu elektromagnetischen Feldern von Energiesparlampen empfiehlt, einen Sicherheitsabstand von 30 cm einzuhalten. Damit wird von Bundesseite erstmals eingestanden, dass Sparlampen, anders als Glühlampen, im Mittelfrequenzbereich (Kilohertz) Elektromog produzieren.

Der frühere, von der Lampenindustrie mitfinanzierte BAG/BFE-Messbericht von 2004 hatte – aufgrund von Fehlmessungen – noch behauptet, Sparlampen seien nicht problematischer als Glühlampen. Jene Verharmlosung half seither mit, dem von der Schweiz und der EU beschlossenen Glühlampenverbot den Weg zu ebnet. Nun ist jener Messbericht von 2004 endlich widerlegt.

Weniger erfreulich ist jedoch, dass die neue Sparlampenstudie des Bundes nur die viel zu hohen Grenzwert-Empfehlungen des Industrievereins ICNIRP anerkennt. Diese beruhen auf der Meinung, im menschlichen Körper seien nur physikalische Wirkungen elektromagnetischer Felder bekannt. Bei Sparlampen beträfe das Muskel- und Nervenreizungen. So aber bleiben die wissenschaftlich ebenfalls längst nachgewiesenen und in der Praxis millionenfach beobachteten biologischen Wirkungen, die zu Krankheiten führen, unberücksichtigt.

Die Praxis zeigt, dass die elektrosensiblen Personen, die gemäss einer Schweizer Studie mindestens 5% der Bevölkerung ausmachen, die Strahlung der Energiesparlampen genauso schlecht vertragen wie z.B. Funkstrahlung. Und diese Elektrosensiblen sind unser Frühwarnsystem.

Nach wie vor bleibt die Aussage des K-Tipp von 2007 gültig: „Eine einzige Sparlampe am Büroarbeitsplatz macht den Effekt eines strahlungs-armen Bildschirms zunichte.“ Sie produziert nämlich in 30 cm Abstand vom Kopf bis zu 40-mal mehr Elektromog im Mittelfrequenzbereich als ein moderner Computerbildschirm, welcher die internationalen TCO- Normen für Computerarbeitsplätze gerade einhält.

Wir fordern vom Bund die Aufhebung des auf 2013 vorgesehenen Glühlampenverbotes. Die schädlichen Sparlampen kommen als Ersatz der Glühlampe nicht in Frage, auch sparen sie in der Praxis bei weitem nicht so viel Strom wie behauptet. Die LED sparen mehr Strom, erfüllen aber bisher ebenfalls nicht alle Anforderungen an ein gesundes und behagliches Licht.

Weitere Auskünfte ueber eMail: info@funkstrahlung.ch
<http://www.funkstrahlung.ch/>

Aus dem Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V.
Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog:

14.07.2010

Mobilfunkanbieter sponsert Studie zur Krebsrate durch Sendemasten

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/1148/>

IZgMF-Forum verliert gerichtliche Auseinandersetzung mit Prof. Franz Adlkofer

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/1164/>

Unterstützung für Prof. Olle Johansson

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/1165/>

Sendemast von Radio Vatikan für Krebs verantwortlich

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/1168/>

8.07.2010

Elektrosensibilität ist in Schweden eine offiziell anerkannte Behinderung

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/1132/>

Verwaltungsgericht prüft Trasse

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/1146/>

=====

GRUENE GENTECHNIK

Vom Informationsdienst Gentechnik:

50 Millionen für Forschung an Agro-Gentechnik Das Bundesforschungsministerium möchte die Forschung in der Pflanzenbiotechnologie in den nächsten Jahren mit zusätzlich 50 Millionen Euro fördern. Die Agro-Gentechnik in Deutschland soll damit weiter vorangebracht werden. Trotz der Förderung durch das Forschungsministerium schrumpft die Branche, so der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW).

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21880.html>

2. Monsanto will das Schwein neu erfinden Laut Greenpeace-Informationen hat das Gentechnik-Unternehmen Monsanto ein neues Patent auf Fleisch von Schweinen beantragt, die mit Gentechnik-Pflanzen des Unternehmens gefüttert wurden. Die Fütterung mit Gentechnik-Soja soll laut Patentantrag zu einer erhöhten Konzentration von ungesättigten Fettsäuren im Schwein führen. Rund 300 Organisationen machen mit einem Appell auf das Patent aufmerksam und klagen die "Monsantosierung des Lebensmittelmarktes" an.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21867.html>

3. Verarbeiter haben kein Interesse an Gentechnik-Kartoffel für Lebensmittel Laut einer Umfrage unter Pommes- und Chipsherstellern in Deutschland besteht kein Interesse an gentechnisch veränderten Kartoffeln in Deutschland. Die BASF hatte angekündigt, nach der Zulassung der Amflora nun auch Anträge für gentechnisch veränderte Kartoffeln zu stellen, die für den Lebensmittelmarkt bestimmt sind. Greenpeace hat daraufhin Anfragen bei großen Kartoffelverarbeitern gestartet. Das Ergebnis: Acht von zehn der Unternehmen beabsichtigen, künftig keine Gentechnik-Kartoffeln einzusetzen.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21866.html>

4. Schweinepatent zurückgezogen

Das sogenannte Schweinepatent ist letzte Woche vom Europäischen Patentamt zurückgezogen worden. Es wurde 2008 erteilt und löste großen Protest verschiedener Organisationen und Privatpersonen aus, die 2009 dagegen Einspruch erhoben. Das Patent EP 1651777 erstreckt sich auf eine Gen-Variante, die viele Schweinerassen innehaben. "Das Problem ist noch nicht vom Tisch. Es werden immer neue Patente auf Tiere, Pflanzen und Lebensmittel angemeldet und genehmigt", sagt Christoph Then, Patentberater von Greenpeace.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21864.html>

5. Gentechnik-Saatgut-Funde in mehreren Bundesländern In stichprobenartigen Saatgut-Untersuchungen der Bundesländer wurden erneut gentechnisch veränderte Organismen gefunden. Neun von 13 Bundesländern, die Saatgut-Tests durchführten, haben ihre Ergebnisse bis jetzt veröffentlicht. Bei 20 Proben in sieben Bundesländern wurden die Behörden bisher fündig

(Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Schleswig-Holstein, Hessen, Brandenburg, Bayern und Baden-Württemberg).

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21863.html>

6. Gentech-Mais 1507 unzureichend geprüft In Europa soll der gentechnisch veränderte Mais 1507 trotz ungenügender Sicherheitsprüfung durch die europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) zugelassen werden. Wie das Institut für unabhängige Folgenabschätzung, Testbiotech, berichtet, sind seitens der EFSA keine detaillierten Studien zu möglichen Risiken für Schmetterlinge und andere Insektenarten eingefordert worden.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21855.html>

7. Amflora-Anbau beginnt trotz Protest

Letzte Woche hat trotz aller Proteste die Pflanzung der Gentechnik-Kartoffel Amflora begonnen. Nahe dem Ort Bütow in Mecklenburg-Vorpommern findet der einzige Anbau der Amflora in Deutschland statt. Vorletzte Woche hatten Greenpeace-Aktivisten auf dem selben Acker gentechnikfreie Kartoffeln ausgebracht und damit gegen den Anbau der Amflora protestiert.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21820.html>

8. Bayer muss Millionen für Reis-Verunreinigung zahlen Die Firma Bayer ist erneut zu einer Strafzahlung verurteilt worden. Ein US-Gericht entschied, dass der Konzern 48 Millionen Dollar Schadenersatz u.a. an Landwirte zahlen muss, deren Produkte mit gentechnisch verändertem Reis der Firma verunreinigt wurden.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21818.html>

9. Widerstand gegen Gentechnik an den Hochschulen An den Hochschulen wurde der Widerstand gegen die Agro-Gentechnik organisiert. Mitte April fand der erste gentechnikfreie Hochschultag an nahezu allen Agrarfakultäten statt. Mit Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen wurde eine ökologische, dem Menschen dienende Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung gefordert. Die Initiatoren wollen außerdem darauf aufmerksam machen, dass in die Biotechnologie-Forschung 178 Millionen Euro öffentliche Gelder fließen, obwohl die große Mehrheit der Deutschen die Gentechnik auf dem Acker und in Lebensmitteln ablehnt.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21802.html>

10. Greenpeace pflanzt gentechnikfreie Kartoffeln auf Amflora-Acker Greenpeace zieht alle Register: Die Aktivisten pflanzten auf dem Acker in Bütow/Mecklenburg-Vorpommern, wo eigentlich die Gentechnik-Kartoffel Amflora wachsen sollte, gentechnikfreie Kartoffeln. Laut Greenpeace sind die gepflanzten Kartoffeln mit den Namen Henriette und Eliane ebenso für die industrielle Produktion von Papier und Baustoffen nutzbar wie die Amflora.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21794.html>

11. Weitere Gentechnik-Maislinien bald zugelassen?

Eine weitere Maislinie (MON 89034 x MON 88017) soll für den europäischen Markt als Futter- und Lebensmittel zugelassen werden. Jedenfalls hat dies der Hersteller Monsanto beantragt und die Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) nun abgesegnet. Die EFSA hat sowohl dem MON 89034 x MON 88017 als auch dem MON 863 nun Unbedenklichkeit bescheinigt.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21757.html>

12. Gemeinsam gegen Gentechnik: Imker und Bauern vereinen sich Der Bauernbund Brandenburg ist um 1800 Mitglieder gewachsen. Der Landesverband Brandenburgischer Imker ist dem Bund letzte Woche beigetreten. Bienenvölker sind sehr wichtig für den Ackerbau und die Imker sind angewiesen auf eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Denn Bienen machen vor Sicherheitsabständen nicht halt und sammeln auch Pollen von Gentechnik-Pflanzen.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news-regional/news/de/21758.html>

Informationsdienst Gentechnik

<http://www.keine-gentechnik.de>

LICHTVERSCHMUTZUNG

28. 05. 2010

Zu viel Licht macht krank - Licht schafft Orientierung.

Diese vermeintliche Binsenweisheit hat eine fatale Kehrseite, wie die Zeitschrift WUNDERWELT WISSEN in ihrer aktuellen Ausgabe (03/10) berichtet. "Falsches" Licht kann auch Desorientierung schaffen.

Betroffen sind etwa die Milliarden von Insekten, die nachts die helle Straßenbeleuchtung bis zur Erschöpfung und zum Tod umschwärmen. Untersuchungen im Jahr 2000 ergaben, dass an nur einer einzigen der insgesamt rund 6,8 Millionen deutschen Straßenlaternen während einer Sommernacht durchschnittlich 150 Insekten zugrunde gehen. Ähnlich verheerend wirken sich zum Beispiel Suchscheinwerfer oder auch die Gasfackeln auf Ölplattformen aus. Ihre Lichthöfe ziehen Vögel magisch an und fangen sie buchstäblich ein. Die Tiere umkreisen den hellen Schein so lange, bis sie schließlich abstürzen.

Folgenreiche Irritationen in der Tierwelt sind aber bei weitem nicht die einzigen negativen Folgen, die Lichtverschmutzung auslösen kann. Manche Mediziner sehen in ihr sogar eine tödliche Gefahr für Menschen. Weil der Organismus nur bei vollkommener Dunkelheit das Hormon Melatonin produzieren kann, stört fehlende Dunkelheit diesen Hormonhaushalt, über den zum Beispiel auch der Tag-Nacht-Rhythmus gesteuert wird. Melatonin wird aber auch zur Regeneration und zur Zellerneuerung benötigt. Bei fehlender Melatoninbildung ist eine Zunahme verschiedener Krebsarten zu beobachten.

Besonders alarmierend sind die Ergebnisse einer Studie, die von der Universität Haifa 2008 während des 8. Europäischen Symposiums zum Schutz des Nachthimmels in Wien vorgestellt wurde. Danach tritt Brustkrebs bei Frauen, die in stark beleuchteten Regionen leben, bis zu 37 Prozent häufiger auf als bei Frauen, deren Wohnorte nur durchschnittlich hell sind.

Originaltext: Gruner+Jahr, WUNDERWELT WISSEN

http://www.presseportal.de/pm/65804/1621517/gruner_jahr_wunderwelt_wissen/rss

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2010-05/17018556-zu-viel-licht-macht-krank-007.htm>

<http://www.bankkaufmann.com/a-270927-Zu-viel-Licht-macht-krank.html>

<http://www.sueddeutsche.de/wissen/lichtverschmutzung-schattenseiten-des-lichts-1.53583> und viele andere Infoportale

RADIOAKTIVITAET

Mai 2010

Pro- und Contra-Kommentare zum Mammographie--Screening

Ein Contra-Kommentar im Strahlentelex des Monats Mai nachzulesen unter

www.strahlentelex.de/Stx_10_560_S04-06.pdf

Anmerkung Scherrmann:

Ich finde, Frauen, die eine Mammographie machen lassen wollen, sollten die diversen Artikel dazu auf <http://www.strahlentelex.de> kennen.

Strahlentelex Inhalt Juli:

Kinderkrebs bei Atomkraftwerken

Leukämie-Anhörung im Niedersächsischen Landtag 2007 zur Leukämiehäufung in der Elbmarsch

20 Jahre nach Tschernobyl

Messwerte Uran in Mineral- und Leitungswasser

<http://www.strahlentelex.de/aktuell.htm>

Dokumentationen vom Strahlentelex zum Herunterladen:

<http://www.strahlentelex.de/Register.htm#Dokumentationen>

Minister a. D. Dr. Sebastian Pflugbeil:

**Erneuerbare Energiequellen können Europa komplett mit Strom versorgen
Der Fahrplan zur Sonne**

Bis 2050 können erneuerbare Energiequellen Europa komplett mit Strom versorgen, sagen auch wirtschaftsnahe Institute. Doch die Bundesregierung will es nicht glauben

Am 13. April 2010 wurde eine bemerkenswerte Studie der Europäischen Klimastiftung ECF unter dem Stichwort »Roadmap 2050« vorgestellt. Die Studie stützt sich auf Analysen von fünf erfahrenen Institutionen, die alles andere als für »grüne Spinnereien« bekannt sind: das Imperial College London, Kema, McKinsey Co., Oxford Economics und das Office of Metropolitan Architecture. Darin geht es um den Vergleich realistischer Wege zu einer klimaneutralen europäischen Energieversorgung bis zum Jahre 2050. An der Studie arbeiteten Vertreter großer deutscher und europäischer Stromversorger (RWE, Vattenfall, E.on), führender Netzbetreiber (Tennet, Energienet/DK, Entso-e), Hersteller von Kraftwerkstechnik (Siemens, Vestas) und Umweltorganisationen (WWF, Germanwatch, E3G) mit. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien für ganz Europa machbar ist. Zudem wird glasklar nachgewiesen, dass das weder teurer noch weniger verlässlich ist als das heutige System. Dabei wird nicht auf künftig mögliche neue technische Errungenschaften spekuliert, die Studie setzt nur auf bereits vorhandene Technologien. Sie bezieht

15 Prozent Solarstrom aus Kraftwerken in Nordafrika und eine stärkere Nutzung der Erdwärme in die Kalkulation ein.

<http://www.solarserver.de/solar-magazin/solar-standpunkt/erneuerbare-energiequellen-koennen-europa-komplett-mit-strom-versorgen.html>

8. 07. 2010

André Eichhofer

Liquidator in Tschernobyl - Sein Einsatz in der Todeszone

von Anatolij Podlesni

Sie betonierten den Reaktor zu, schaufelten radioaktive Trümmer, ebneten ganze Dörfer ein: Nach dem Super-GAU von Tschernobyl 1986 schufteten Tausende Arbeiter im Katastrophengebiet. Anatolij Podlesni war einer von ihnen. Auf einestages erinnert er sich an die Strahlenhölle - und die Qualen danach.

Als ich am Morgen des 28. April 1986 mein Büro betrat, hatte ich keine Ahnung, was mich erwartete. Ich habe damals im Energieministerium der Ukraine als Abteilungsleiter und Chef von 30 Ingenieuren gearbeitet. Zuvor hatte ich im Radio gehört, dass es in Tschernobyl einen Zwischenfall gegeben hatte. Doch ich dachte, es handelte sich um einen harmlosen Störfall.

Mehr unter

http://einestages.spiegel.de/static/authoralbumbackground/11781/1/sein_einsatz_in_der_todeszone.html

WECF-Buch:

Die Kernfrage – Insider berichten über ihre Erfahrungen mit der Kernenergie'

Eine Reise auf den Spuren des Urans – des Rohstoffs der Kernenergie. Woher kommt unser Atomstrom? Was steckt dahinter? Welche Auswirkungen gibt es und wer ist davon betroffen?

Kernstück des Buches sind Interviews mit Insidern – Männern und Frauen, die über ihre persönlichen Erfahrungen mit der Kernenergie erzählen. Die Berichte behandeln dabei die gesamte Prozesskette des Urans, von der Mine über das Kernkraftwerk bis hin zur Lagerung. Zusätzlich wird die fachliche Seite prägnant dargestellt.

„Was haben eine deutsche Geschäftsführerin, eine irakische Forscherin und eine russische Anwältin gemeinsam?“ Sie alle erzählen von ihren Erfahrungen mit der Atomwirtschaft und lassen uns tief in ihre Leben blicken.

Schutzgebühr 5,- Euro (Organisationen und ab 10 Exemplaren für 3,50 Euro!)

Bestellung unter buchbestellung@wecf.eu

www.wecf.eu

WECF (Women in Europe for a Common Future) is a unique network of over 100 grassroots women and environment organisations worldwide, working in multi-sector partnerships demonstrating sustainable development alternatives at the local level, sharing lessons learnt and promoting sustainable policies at the global level.

=====

KRANKHEITEN - BERUFSKRANKHEITEN

06.07.2010

Deutlicher Anstieg bei Berufskrankheiten

BERLIN (reh). Die Zahl der Verdachtsanzeigen bei den Berufskrankheiten stieg 2009 um über zehn Prozent auf 66 951. Das zeigen die Geschäfts- und Rechenergebnisse der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen für das Jahr 2009.

Bei 25 570 Versicherten habe sich der Verdacht bestätigt. Davon sei in 16 078 Fällen die Berufskrankheit anerkannt worden, ein Plus von 23,9 Prozent. Einen neuen Höchststand - mit 2767 Toten - habe auch die Zahl der Menschen, die infolge einer Berufskrankheit gestorben sind, erreicht.

Das Risiko eines Arbeitsunfalls hingegen hat sich von 26,8 Arbeitsunfällen je 1000 Vollarbeiter auf 24,3 Unfälle verringert. Dabei ist laut der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung die Quote meldepflichtiger Arbeitsunfälle seit den 1960er Jahren um fast 80 Prozent zurückgegangen.

<http://www.aerztezeitung.de/extras/druckansicht/?sid=610495&pid=617543>

Original: <http://www.dguv.de/inhalt/presse/2010/Q3/jahrespressekonferenz/index.jsp>

Anmerkung Scherrmann:

Aus der Dokumentation ist nicht ersichtlich, wie viele Anerkennungen es aufgrund toxischer Schädigungen im Beruf gab, es ist nur erkennbar "BK-Verdacht nicht bestäetigt".

=====

KRANKHEITEN - BRUSTKREBS

4.07.2010

Leider nur in Englisch: **Breast Cancer Link to Environment Goes Mainstream**

By Molly M. Ginty WeNews correspondent

Suspicious that breast cancer could be caused by environmental pollution were once considered politically fringe. But in recent weeks, U.S. lawmakers, a presidential panel and the influential Susan G. Komen for the Cure have all signed on.

(WOMENSENEWS)--When she looks at her suburban street, Geri Barish sees cancer. She believes it's under her feet, in the soil that came from landfill and has been sprayed with pesticides. She believes it's overhead, in the electric transformers that hang from telephone poles on her quiet cul-de-sac.

<http://www.womensenews.org/story/environment/100702/breast-cancer-link-environment-goes-mainstream>

=====
KRANKHEITEN - HIV/AIDS

Die mehrfach preisgekrönte Dokumentation "House of Numbers - The HIV/AIDS Story is Being Rewritten" des US-Filmemachers Brent Leung kann man sich jetzt auch komplett frei im Internet anschauen: <http://www.virusmyth.com/aids/video/blhouse.htm>

Das österreichische Nachrichtenmagazin "Profil" hat aus Anlass des Welt-AIDS-Kongresses, der am 18. Juli in Wien beginnt, einen kritischen Artikel zum Thema HIV/AIDS gebracht: "Der AIDS-Mythos: Hilft ein gutes Immunsystem gegen Ansteckung?", siehe <http://www.profil.at/articles/1026/560/272477/der-aids-mythos-hilft-immunsystem-ansteckung>

=====
KRANKHEITEN - OHRENTZÜNDUNGEN bei KINDERN

8.05.10

Ohren mögen saubere Luft / Wo die Schadstoffbelastung hoch ist, haben Kinder mehr Ohrentzündungen

Baierbrunn (ots) - Ein Zusammenhang zwischen der Schadstoffbelastung der Luft und Ohrinfektionen bei Kindern ist in den USA nachgewiesen worden, berichtet die "Apotheken Umschau". Bei einer Studie von Wissenschaftlern der Universitäten Kalifornien und Boston kam heraus: Je weiter die Belastung mit Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid und Feinstaub zurückging, desto weniger Kinder litten an Ohrentzündungen. Als Grundlage der Analyse dienten die Daten von 120000 Kindern und Angaben der Umweltschutzbehörde.

Informationen rund um das Thema Ohren und Gehör unter www.apotheken-umschau.de/Ohren
Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau
Digitale Pressemappe: http://www.presseportal.de/pm/52678/1610463/wort_und_bild_apotheken_umschau

=====
RECHT - INFORMATIONSGESETZ

21.05.10

Studie: Verbraucherinformationsgesetz verändert behördliche Informationskultur im Internet / Aber erst wenige Behörden nutzen die Möglichkeit, die Öffentlichkeit aktiv zu informieren

Berlin (ots) - In Berlin-Pankow veröffentlicht das Bezirksamt im Internet mit großer öffentlicher Resonanz die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelkontrollen in Positiv- und Negativlisten. Als "sauber" zertifizierte Lebensmittelbetriebe wie Restaurants, Metzgereien und Kantinen dürfen mit einem Smiley-Gütesiegel werben.
Im Raum Heilbronn gibt das Landratsamt im Internet bekannt, welche regionalen Weinbauern und -händler Weine falsch etikettieren. Diese und weitere aktuelle Beispiele listet eine gestern vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlichte Studie auf. Sie untersucht, wie das am 1. Mai 2008 verabschiedete Verbraucherinformationsgesetz (VIG) die behördliche Informationskultur im Internet verändert hat. Denn das novellierte Gesetz gibt Behörden bessere Möglichkeiten, von sich aus - proaktiv - an die Öffentlichkeit zu gehen - beispielsweise bei Gesundheitsgefahren oder Verbrauchertäuschungen. Das zuständige Bundesverbraucherministerium gab die Studie bei dem unabhängigen Berliner IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung

(Projektleitung) in Auftrag. Forschungspartner waren das Kommunikationsbüro Ulmer und das Forschungsinstitut Dialogik (beide Stuttgart). ... Das zuständige Bundesministerium gibt allen interessierten Bürgerinnen, Bürgern und Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme, sie können über das Informationsportal www.vigwirkt.de ihre Meinung mitteilen. Dort erhalten sie auch die Studie des IZT und seiner Forschungspartner zum Download.

Zum Bericht der Bundesregierung über die Evaluation des Verbraucherinformationsgesetzes:

<http://www.vigwirkt.de/de/vig-im-dialog/>

<http://www.vigwirkt.de/>

Zum Download der Studie: http://www.presseportal.de/go2/studie_vig

22. 03. 2010

Spannende Recherche im Netz

Von Christiane Schulzki-Haddouti

In der britischen Tageszeitung Guardian herrscht dieser Tage Aufbruchstimmung. Jahrelang hatte die britische Tageszeitung eine Kampagne unter dem Motto „Befreit unsere Daten“ betrieben. Das Argument lautete: „Aus unseren Steuern wird das Sammeln öffentlicher Daten bezahlt – doch wir müssen den Zugang zu diesen Daten bezahlen. Ein freier Zugang stimuliert Innovation.“ Journalisten können die Datensätze auf der Suche nach interessanten Mustern, Unerwartetem oder Anomalien analysieren und so neue Geschichten finden. Webentwickler können aus den Staatsdaten bürgernahe Anwendungen stricken.

<http://www.informationsfreiheitsgesetz.net/blog/2010/03/22/spannende-recherche-im-netz/>

18. 04. 2010

Informationsfreiheitsgesetz in Norwegen:

Norwegian Government: Every citizen now able to look public authorities in the cards

An electronic public record database for the civil service (OEP) is launched today. This will be as the first of its kind in the world. From this day on everyone is able to get access to the documents of the central civil service. Until now, only journalists had the right to do so. OEP is democracy and openness in practice, reform minister Rigmor Aasrud says.

<http://smart-grid.tmcnet.com/news/2010/05/18/4795395.htm>

=====

RECHT - MEDIZINISCHE BEGUTACHTUNG

Medizinische Begutachtung

Info der Landes Ärztekammer Baden Württemberg.

Die Fachartikel stammen fast alle aus der Fachzeitschrift "Der Medizinische Sachverständige" z. B.:

Psychoreaktive Störungen [PDF]

Nach allgemeinen Überlegungen zur Entstehung psychoreaktiver Störungen wird die Nomenklatur entsprechend ICD-10 und DSM-IV-TR dargestellt. (Heft 02/10) <http://www.aerztekammer-bw.de/25/10praxis/65medSach/1002.pdf>

Fibromyalgie und somatoforme Schmerzstörung aus psychiatrischer Sicht [PDF]

Die Fibromyalgie und die "somatoforme Störung" weisen übereinstimmende Klassifikationsmerkmale auf. Auf Symptomebene liegen zahlreiche psychopathologische Merkmale aus dem Spektrum der affektiven Störungen vor. bezeichnet eine Erkrankung mit dem Leitsymptom des generalisierten muskulären Schmerzes, deren Ätiologie bis heute unbekannt ist. (Heft 04/07)

<http://www.aerztekammer-bw.de/25/10praxis/65medSach/0704.pdf>

Anleitung für die Erstellung psychiatrischer Gutachten [PDF]

Der Anteil psychischer Gesundheitsstörungen hat auf allen Gebieten der Begutachtung zugenommen, die Rechtsprechung fordert mehr Präzision und Objektivität bei psychiatrischen Gutachten. (Heft 03/09) <http://www.aerztekammer-bw.de/25/10praxis/65medSach/0903.pdf>

Aus:

Psychische Störungen bei körperlichen Faktoren

Psychiatr. Psychother. up2date 2009; 3(5): 349-364

DOI: 10.1055/s-0028-1090232

© Georg Thieme Verlag KG Stuttgart • New York

Wolfgang Hausotter

Chronic-Fatigue-Syndrom und Neurasthenie

Kernaussagen

- Erschöpfung ist eine der häufigsten Beschwerden in der Allgemeinbevölkerung. Die Ätiologie ist ausgesprochen vielfältig und umfasst eine große Zahl von körperlichen oder auch von schwerwiegenden seelischen Krankheiten.
- Es muss primär stets der sichere Ausschluss einer anderweitigen Erkrankung im Vordergrund stehen, bevor man die Diagnose eines „Chronic-Fatigue-Syndroms“ stellen kann.
- Es handelt sich um eine rein deskriptive Störungsbezeichnung, um ausschließlich subjektive Beschwerden und es existieren bisher keine spezifischen und objektiven somatischen Befunde.
- Trotz aller immer noch heftig geführten Diskussionen über die Ursache dieses Krankheitsbildes ist das CFS einer somatoformen Störung zuzuordnen. Die dafür geltenden Diagnosekriterien sind im Einzelfall fast stets erfüllt. Eine Vielzahl anderer in verschiedenen Bereichen der Medizin gebräuchlichen Bezeichnungen wie Fibromyalgie, Colon irritabile, temporomandibuläres Syndrom, Burn-out-Syndrom u. a. überschneiden sich damit weitgehend, entsprechendes gilt für die umweltassoziierten Beschwerden.
- Die somatischen Erklärungsversuche, die seit über 100 Jahren diskutiert werden, überzeugen bis heute nicht. Sie spiegeln die immer wiederkehrenden Versuche der Betroffenen wider, eine subjektiv stigmatisierende „psychiatrische“ Bewertung zugunsten eines pseudoorganischen Erklärungsmodells zu vermeiden.
- Im Einzelfall sollte CFS als Neurasthenie (F48.0) oder bei körperlichen Begleitsymptomen als Somatisierungsstörung (F45.0) bzw. als undifferenzierte Somatisierungsstörung (F45.1) klassifiziert werden [23].

<https://www.thieme-connect.com/ejournals/abstract/psychiatrie-u2d/doi/10.1055/s-0028-1090232>

Produktbeschreibung zu Wolfgang Hausotter "Begutachtung somatoformer und funktioneller Störungen":

Kurzbeschreibung Inhaltsverzeichnis Pressestimmen Portrait Wie beurteile ich Beschwerden, für die sich kein organisches Korrelat findet?

Hier finden Sie nicht nur knapp und verständlich Grundlagen und Definitionen sondern auch die speziellen Aufgaben des ärztlichen Gutachters - in der 2. Auflage mit neuen gesetzlichen Bestimmungen!

Das Besondere: Neben Krankheitsbildern wie chronischen Schmerzen werden die Themengebiete der "neuen" Krankheiten dargestellt z.B.: Fibromyalgie, HWS-Trauma, Multiple Chemical Sensivity, Chronic Fatigue Syndrom, sick - building Syndrom ...

Für alle, die Gutachten anfordern, erstellen oder bewerten

Anmerkung Scherrmann:

Ich finde, nicht nur fuer die Gutachter sondern auch fuer diejenigen, die sich einer Begutachtung unterziehen muessen, kann es ggf. hilfreich sein, diese Veroeffentlichungen zumindest vom Ansatz her zu kennen.

=====

VERBAENDE - ORGANISATIONEN

Internationaler Appell von Würzburg

Auf Einladung der „European Academy for Environmental Medicine EUROPAEM“ trafen sich vom 23.04. – 25.04.2010 in Würzburg namhafte nationale und internationale Wissenschaftler der Gebiete Umweltmedizin, Toxikologie, Immunologie, Neurologie und Humangenetik, praktizierende Ärzte und Zahnärzte, Angehörige anderer Heilberufe sowie Vertreter von Patienteninitiativen unter dem Motto „Wissenschaft trifft Praxis“ zu einem internationalen Ärztekongress. Dieser beschäftigte sich speziell mit dem Thema der Neuro-Endokrino-Immunologie und ihrer Bedeutung für die Umweltmedizin. ...

<http://www.europaem.de/frameset0.html>

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN

Umwelt-Medizin-Gesellschaft

23. Jahrgang, Ausgabe 2/2010, S. 85-172

Erik Petersen: **20 Jahre Umwelt und Gesundheit aus Sicht einer Nichtregierungsorganisation**

Juergen Bilger: **Von der Umwelt-Medizin zur Kinder-Gesundheit**

Weltgesundheitsorganisation: **Soziale und geschlechtsbezogene Ungleichheiten im Bereich Umwelt und Gesundheit in Europa**

Johanna Hausmann, Erik Petersen: **Projekte von Nichtregierungsorganisationen zur Minderung umweltbezogener Gesundheitsgefahren in Deutschland und Europa unter Berücksichtigung der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen**

Umweltbundesamt: **Gesunde Umwelt für unsere Kinder schaffen und erhalten**

Hanns Moshhammer: **Schutz der Gesundheit der Kinder in einer sich verändernden Umwelt**

Europäische Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit 2010, Tagungsbericht

Heribert Wefers, Patricia Cameron und Sarah Haeuser: **Hormoncocktail macht Kinder krank**

Horst Eger und Manfred Jahn: **Spezifische Symptome und Mobilfunkstrahlung in Selbitz (Bayern) – Evidenz für eine Dosiswirkungsbeziehung (Wissenschaftlicher Originalbeitrag)**

Wolfgang Hien: **Public-Health-Praxis braucht Berufsethik – Plädoyer für eine verantwortungsethische Perspektive**

umwelt-medizin-gesellschaft

Erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S, Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.

Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte:

Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Frielinger Str. 31, D – 28215 Bremen

Tel.: 0421/498 42 51, Fax: 0421/498 42 52

E-Mail: info@umg-verlag.de , Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

ÖKO-TEST Ratgeber Bauen, Wohnen & Renovieren – Haus gemacht

Den aktuellen ÖKO-TEST Ratgeber Bauen, Wohnen & Renovieren – Haus gemacht gibt es ab dem 11. Juni 2010 im Zeitschriftenhandel. Er kostet 6,90 Euro. Dem Heft ist eine CD mit dem ÖKO-TEST Jahrbuch Bauen beigelegt. Dieser große Einkaufsratgeber enthält mehr als 750 Produkte im Test.

<http://www.oekotest.de>

Angela Vogel

Neuer Chef des IQWIG - der evidenzbasierte Prof. J. Windele

http://www.abekra.de/Aktuelles/Vogel-neuer_Chef_des_IQWIG-21-6-10.pdf

RKI (Robert-Koch-Institut)
15.07.2010

Heft 50 - Schizophrenie

Schizophrenie ist eine der schwersten psychischen Erkrankungen, die weltweit etwa 1% der Bevölkerung mindestens einmal im Leben, erstmals meist zwischen dem 18. und 35. Lebensjahr betrifft. Sie ist für viele Betroffenen mit erheblich eingeschränkter Lebensqualität verbunden und zählt weltweit zu den 10 Erkrankungen mit der größten Anzahl durch "Behinderung beeinträchtigter Lebensjahre".

http://www.rki.de/cln_160/nn_199850/DE/Content/GBE/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsT/Schizophrenie.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/Schizophrenie.pdf (kostenlos downloadbar)

Anmerkung Scherrmann:

Die Rolle von Neurotoxinen bei der Ursachenanalyse wird nicht angesprochen und findet keinen Niederschlag in der Literaturliste.

z. B.:

1) Raymond Singer (Neurotoxicology and Neuropsychology, Mount Sinai Hospital, New York):

Recognizing Neurotoxicity ... Ironically, a plaintiff's personality disorder may be evidence of injury, not a reason to dismiss the case. Brain damage can result in such disorders, psychiatric symptoms, and even schizophrenia. Establish the patient's mental health before the exposure to help determine whether the exposure caused or exacerbated the psychiatric symptoms. In any case, it is not surprising when a person with a chronic illness, adjusting to a devastating life change, develops what may be diagnosed as a personality disorder.

http://www.neurotox.com/documents/Recognizing_Neurotoxicity.doc

2) Schizophr Bull. 2008 Jan 31. [Epub ahead of print]

Effects of Bisphenol-A and Other Endocrine Disruptors Compared With Abnormalities of Schizophrenia: An Endocrine-Disruption Theory of Schizophrenia.

<http://schizophreniabulletin.oxfordjournals.org/cgi/content/full/sbm147v1>

3) Kurt E. Müller: **Genetische Polymorphismen der Catechol-O-Methyltransferase (COMT)**

<http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de/>

4) Neurotoxicology. 6. 07. 2010

Exposure and Susceptibility: Schizophrenia in a young man following prolonged high exposures to organic solvents.

Stein Y, Finkelstein Y, Levy-Nativ O, Bonne O, Aschner M, Richter ED.

Unit of Occupational and Environmental Medicine, Hebrew University-Hadassah School of Medicine, Jerusalem, Israel.

<http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/20619291>

=====

TERMINE

„Lebenswert leben - Leben lebenswert machen“

Ein Parlament für Gesundheit und Umwelt?

Gemeinsame Wege zu einem anderen Lebensstil und einer gesunden Umwelt

Tagungsort: Ev. Tagungsstätte Haus Villigst,

Termin: 24.-26. 09. 2010

Mehr unter

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/ueber_uns/wiss_beirat/20100614_ueber_uns_wiss_beirat_tagung_lebenswert_leben.pdf

=====

POLTIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

7.07.2010

SPD-Fraktion: Offensive für Schutz vor giftigem Spielzeug

Wirtschaft und Technologie/Antrag

Berlin: (hib/HLE/HIL) Die Bundesregierung soll das höchstmögliche Gesundheitsschutzniveau für Kinder bei Spielzeug sicherstellen. Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag (17/2345), die Zuständigkeit für Spielzeugsicherheit bei einem Ministerium zusammenzuführen. Spielzeug soll nach den Vorstellungen der Fraktion mit sogenannten Lebensmittelkontaktmaterialien gleichgestellt werden. Sofern das Spielzeug für längeren Hautkontakt vorgesehen sei, müsse Spielzeug auch mit Kosmetika gleichgestellt werden. Die Bundesregierung soll sich außerdem für Verbote von Allergie auslösendem Nickel und "wegen der unbekanntem Risiken" für die Anwendung von Nanomaterialien einsetzen. Hersteller von Spielzeug müssten generell verpflichtet werden, eine präventive Sicherheitsprüfung und Zertifizierung durch unabhängige Dritte durchführen zu lassen.

In der Begründung ihres Antrages schreibt die SPD-Fraktion, Kinder seien besonders sensibel, "denn ihre Organe und ihr Immun- und Nervensystem befinden sich noch in der Entwicklung". Schadstoffe könnten daher in allen wesentlichen Entwicklungsprozessen des Körpers schwerwiegende Langzeitschäden verursachen. Nach Angaben der SPD-Fraktion sind Kinder zunehmend von Allergien, Umwelterkrankungen und Hormonstörungen bis hin zu Krebserkrankungen betroffen. Bösartige Neubildungen von Tumoren seien bei Kindern die zweithäufigste Todesursache. "Es ist deshalb dringend geboten, giftige Chemikalien und krebserzeugende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsschädigende Stoffe aus Spielzeugen fern zu halten, denn für solche Stoffe gibt es keine zuverlässig ungefährlichen Grenzwerte", fordert die SPD-Fraktion

1.07.2010

Petitionsausschuss gingen im Jahr 2009 knapp 19.000 Eingaben zu

Berlin: (hib/HIL/AW) Im Jahr 2009 gingen 18.861 Eingaben und Petitionen beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages ein. Damit stieg ihre Zahl um 765 im Vergleich zu 2008 und um 2.601 verglichen mit 2007. Das geht aus dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2009 (17/2100 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702100.pdf>)

hervor. Die meisten Petitionen – auf die Einwohneranzahl der Bundesländer bezogen – erreichten danach den Ausschuss aus Brandenburg (598 auf eine Million Einwohner), dicht gefolgt von Berlin (484). Wie schon in den vergangenen Jahren fielen auch 2009 die meisten Petitionen in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (21 Prozent). An zweiter Stelle lag nach Angaben des Berichts das Bundesministerium für Justiz (12,72 Prozent), welches im Vergleich zu 2008 den größten Zuwachs zu verzeichnen hatte. ...

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_07/2010_226/10.html

22.06.2010

Im Bundestag notiert: Uran im Trinkwasser

Gesundheit/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/AST/JOH) Die Festlegung von Grenzwerten von Uran im Trinkwasser ist Thema einer Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion (17/2055 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/020/1702055.pdf>)

). Trotz einer entsprechenden Ankündigung der Bundesregierung sei bis jetzt noch kein Antrag zur nötigen Änderung der Trinkwasserordnung eingereicht worden, kritisieren die Abgeordneten. Sie wollen unter anderem wissen, wann und anhand welcher Studie die Bundesregierung einen Grenzwert festlegen will und ob sie sich auf EU-Ebene für einen verbindlichen Grenzwert einsetzen will.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_06/2010_213/17.html

17.06.10

Verbraucher sollen Energiesparlampen einfach zurückgeben können

Umwelt/Antrag

Berlin: (hib/ELA/JOH) Die Bundesregierung soll einen Gesetzentwurf vorlegen, der den Einzelhandel verpflichtet, Energiesparlampen an allen Verkaufsstellen auf einfache Weise zurückzunehmen. Dies fordert die Linksfraktion in einem Antrag (17/2121

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/021/1702121.pdf>), der am heutigen Donnerstag in erster Lesung vom Bundestag behandelt wird. Zudem soll die Regierung im Rahmen einer bundesweiten Energieeffizienz-Kampagne die Verbraucher auf die Klimaschutzbezogenen Vorteile, aber auch auf die schadstoffbezogenen Risiken sowie eine sachgerechte Entsorgung hinweisen, heißt es weiter. Die Leuchtmittel leisteten zwar einen wichtigen Beitrag zur Energieeinsparung, begründet die Fraktion ihren Vorstoß. Sie enthielten jedoch geringe Mengen an Quecksilber.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_06/2010_208/01.html

*

Sachverständige erläutern Grundlagen und Werdegang der Entscheidung für Gorleben

Untersuchungsausschuss (Gorleben)

Berlin: (hib/JR/JOH) Mit einer Einführung in die rechtlichen Grundlagen und die historischen Zusammenhänge der Entscheidung für Gorleben als möglichen Standort zur Lagerung radioaktiver Abfälle hat der Erste Untersuchungsausschuss (Gorleben) am Donnerstag seine Arbeit fortgesetzt. Bevor das Aktenstudium beginnt, wollten die Ausschussmitglieder von zwei Sachverständigen grundlegend informiert werden. ...

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_06/2010_209/02.html

*

Im Bundestag notiert: Schutz vor Passivrauchen

Gesundheit/Antwort

Berlin: (hib/PRG/JOH) Aus Sicht der Bundesregierung wird das Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen auf Bundesebene gut umgesetzt. Wie sie in ihrer Antwort (17/2036

http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_06/2010_209/03.html) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/1848 http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_06/2010_209/03.html) schreibt, lägen der Bundesregierung keine substantiellen Beschwerden über unzureichende Maßnahmen vor. Zudem weist die Regierung darauf hin, dass die Anzahl der jugendlichen Raucher seit der im Jahr 2004 ergriffenen Maßnahmen gesunken ist.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_06/2010_209/03.html

16.06.10

Regierung plant Einführung einer erweiterten Gentechnik-Kennzeichnungspflicht

Ernährung und Landwirtschaft/Antwort

Berlin: (hib/JOH/HIL) Die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbarte sogenannte Positivkennzeichnung von Lebensmitteln soll nicht nur gentechnisch veränderte Organismen in Lebens- und Futtermitteln erfassen. Wie die Regierung in ihrer Antwort (17/1931

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701931.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion (17/1790 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/017/1701790.pdf>) schreibt, soll sie außerdem auf Fermentationsprodukte wie Enzyme oder Vitamine, die mit Hilfe von gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt wurden, hinweisen sowie auf Lebensmittel, die von Tieren stammen, an die gentechnisch veränderte Futtermittel verfüttert wurden. Überwacht werden solle die beabsichtigte Kennzeichnungspflicht, soweit analytisch nicht möglich, indem die Einhaltung der Dokumentationspflichten überprüft werde....

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_06/2010_201/04.html

10.06. 2010

Im Bundestag notiert: **Einfuhr von Asbestfasern und asbesthaltigen Produkten**

Umwelt/Antwort

Berlin: (hib/PRG/AW) Die Einfuhr von Asbestfasern und asbesthaltigen Produkten ist nach geltenden europäischen Richtlinien zulässig, wenn diese als Chrysotil-Asbest für Elektrolyse-Verfahren verwendet werden. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung (17/1885

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/018/1701885.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (16/1668 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/016/1601668.pdf>) hervor.

Die Firma Dow Chemical, die weißen Asbest nach Deutschland importiert, sei aufgrund dieser Rechtslage nicht auf eine Ausnahmegenehmigung durch die Bundesregierung angewiesen.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_06/2010_194/08.html

27.05.2010

Erhöhung von Strahlenbelastung durch neue Mobilfunkfrequenzen wahrscheinlich

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Antwort

Berlin: (hib/ROS/ELA) Die Strahlenbelastung für die Bevölkerung wird nach Angaben der Bunderegierung zukünftig zunehmen. Grund dafür seien die momentanen Lizenzversteigerungen für neue Frequenzbereiche, durch die es zu einem "weiteren Ausbau der Mobilfunknetze" kommen werde.

Dies geht aus einer Antwort (17/1709 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/017/1701709.pdf>) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (17/1487

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701487.pdf>) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor.

Trotz des Anstiegs werde die Gesamtimmission nach dem Ausbau voraussichtlich nur ein Minimum des gesetzlichen Grenzwertes betragen. Eine genaue Einschätzung über die Erhöhung der Immissionen könne die Bundesregierung zur Zeit nicht abgeben, da nur wenige Informationen über zukünftig eingesetzte Technologien der Betreiber beziehungsweise der neuen Funkanlagen vorhanden seien. ...

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_05/2010_170/04.html

10. 05. 2010

Anhörung zu Risiken bei Kinderspielzeug

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Berlin: (hib/HLE/MPI) Um Nachbesserungen an der EU-Spielzeugrichtlinie geht es bei einer Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am Montag, den 17. Mai von 14 bis 16 Uhr im Sitzungssaal E.800 des Paul-Löbe-Hauses. Zu der Anhörung sind 10

Sachverständige eingeladen worden, darunter vom TÜV, vom Bundesinstitut für Risikobewertung sowie Vertreter von Spielzeugherstellern. Grundlage der Anhörung ist ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/656 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700656.pdf>), in dem die

Bundesregierung aufgefordert wird, nationale Maßnahmen zum Schutz junger Verbraucher zu ergreifen und den Markt für Kinderspielzeug in Deutschland besser zu überwachen. In dem Antrag heißt es unter Bezugnahme auf Untersuchungen des Bundesinstituts für Risikobewertung, dass sich

noch immer krebserregende Chemikalien in Kinderspielzeug befinden würden.

http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_05/2010_150/01.html

16. 03. 2010

Radioaktive Rückstände bei der Öl- und Gasförderung unterliegen keiner Mitteilungspflicht

Umwelt/Antwort

Berlin: (hib/AS/BOB) Nach Schätzungen der Bundesregierung fallen in Deutschland jährlich 20 bis 60 Tonnen Ablagerungen mit radioaktiven Rückständen aus der Erdöl- und Erdgasindustrie an, die keiner Mitteilungspflicht unterliegen. Diese Zahlen nennt die Bundesregierung in einer Antwort (17/844

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700844.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/599 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700599.pdf>). Dazu

kommen jährlich nochmals 20 bis 400 Tonnen Anlagenteile mit Ablagerungen sowie 50 bis 250

Tonnen Schlämme, heißt es in der Antwort weiter. Insgesamt seien in den letzten Jahren in Deutschland bei 13 Firmen radioaktive Rückstände bei der Gas- und Ölförderung angefallen. Da die Strahlenexposition der Arbeitnehmer allerdings unter einem Millisievert pro Jahr läge, unterliegen Arbeiten mit diesen Stoffen in der Regel keiner Überwachungspflicht. Die Grünen hatten in der Vorbemerkung ihrer Kleinen Anfrage darauf hingewiesen, dass die Entsorgung dieser radioaktiven Stoffe aus der Erdöl- und Erdgasindustrie weitgehend unkontrolliert in der Verantwortung der Förderfirmen erfolge. Mitteilungspflichten wären erst ab einer Größenordnung von 2.000 Tonnen anfallender Rückstände vorgesehen. Eine Menge, die in Deutschland in keinem Betrieb erreicht würde. Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_03/2010_077/05.html

*

Im Bundestag notiert: Unterrichtung der Bundesregierung über die Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 2008

Umwelt/Unterrichtung

Berlin: (hib/AS/BOB) Erwachsene sind in Deutschland rechnerisch betrachtet einer natürlichen und zivilisatorischen Strahlenexposition von 2,1 Millisievert pro Jahr ausgesetzt. Das geht aus einer Unterrichtung der Bundesregierung über die Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 2008 (17/770 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/007/1700770.pdf>) hervor. Aufgrund der technischen Entwicklung sei die Bevölkerung in Deutschland aber auch zunehmend einer nichtionisierenden Strahlung ausgesetzt. Sie reiche von statischen Magnetfeldern wie etwa dem Erdmagnetfeld über niederfrequente elektrische und magnetische Felder bis hin bis hin zu optischen Strahlungen, heißt es in dem Papier. Das Bundesumweltministerium berichtet seit 1986 regelmäßig über die Entwicklung der Radioaktivität in der Umwelt.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_03/2010_077/15.html

Anmerkung Scherrmann:

Wenn ich diese Aktivitaeten des BUNDESTAGs sammle, entsteht zunaechst der Eindruck, als wuerden sich unsere ParlamentvertreterInnen vehement fuer eine gesuendere Umwelt einsetzen. Nach dem 2. Blick frage ich mich allerdings, was tatsaechlich für gesuendere Lebensbedingungen getan wird und inwieweit Antraege und Anfragen auf vielfaeltige Weise blockiert werden.

=====

BMU (Bundesumweltministerium)

14.05.10

Gemeinsame Pressemitteilung von BMU und VCI / Bundesumweltministerium und Chemieverband starten Kooperation zum Human-Biomonitoring

Frankfurt/Main (ots) - Das Bundesumweltministerium (BMU) und der Verband der Chemischen Industrie (VCI) haben eine Kooperation gestartet, um die Kenntnisse über Stoffe, die vom menschlichen Organismus aufgenommen werden, zu verbessern. Im Zentrum stehen dabei Stoffe, denen die Bevölkerung möglicherweise vermehrt ausgesetzt ist oder die eine besondere Gesundheitsrelevanz haben können, aber bislang im menschlichen Körper nicht messbar sind. In den nächsten zehn Jahren sollen so für bis zu fünfzig gemeinsam ausgewählte Stoffe oder Stoffgruppen geeignete Analysemethoden entwickelt werden, die dann in geeigneten Untersuchungen zur Anwendung gebracht werden. Die Kooperation soll zunächst in einer dreijährigen Pilotphase erprobt werden.

Für die Methodenentwicklung der Nachweisverfahren hat der VCI die Verantwortung übernommen. Für die Anwendung der Methoden in geeigneten Untersuchungen liegt die Verantwortung beim BMU, das hier eng mit dem Umweltbundesamt zusammenarbeitet.

Human-Biomonitoring ist für den gesundheitsbezogenen Umweltschutz ein zentrales Informations- und Kontrollinstrument. Die Daten können als Frühwarnsystem für bisher nicht erkannte Belastungen dienen. Ob der Nachweis eines Stoffes mit einer gesundheitlichen Belastung einhergeht, bedarf einer Risikobewertung, die zum Beispiel medizinische und toxikologische Erkenntnisse heranzieht.

Human-Biomonitoring liefert außerdem wissenschaftlich fundierte Daten darüber, ob Verbote oder Beschränkungen bedenklicher Stoffe tatsächlich zu einem Rückgang der Belastung in der Bevölkerung geführt haben.

In der chemischen Industrie stellt das Human-Biomonitoring ein wichtiges Instrument der arbeitsmedizinischen Vorsorge dar. Die in diesem Bereich seit vielen Jahren gewonnenen Erfahrungen bringt der VCI in die Zusammenarbeit mit dem BMU ein. Mit ihrem Engagement unterstreicht die chemische Industrie die hohe Bedeutung der Produktsicherheit für ihr "Responsible-Care"-Programm.

Im Rahmen des Projekts sind als Auftakt von VCI und BMU die ersten fünf Stoffe festgelegt worden, für die eine Messmethode entwickelt werden soll. Sie finden als Weichmacher, Flammschutzmittel, Kunststoffstabilisator und als Additiv in Treib- und Schmierstoffen Verwendung. Konkret handelt es sich um die Stoffe DINCH, DPHP, HBCDD, 2,2',6,6'-Tetra-tert-butyl-4,4'-methylendiphenol und Dodecylphenol.

Die Entwicklung von Analysemethoden ist ein aufwändiger und kostenintensiver Prozess. Gelingt es aber in den kommenden Jahren, für bis zu 50 Stoffe neue Analysemethoden zu entwickeln, sind damit erhebliche Erkenntnisgewinne verbunden, wie die reale Belastung der Bevölkerung mit wichtigen Industriechemikalien aussieht. Bisher muss allzu oft auf modellhafte Abschätzungen zurückgegriffen werden, mit denen gesundheitliche Risiken leicht über- oder unterschätzt werden.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.650 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2009 rund 152 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 432.000 Mitarbeiter.

Originaltext: Verband der Chemischen Industrie e.V.
http://www.presseportal.de/pm/12523/1613678/verband_der_chemischen_industrie_e_v oder vom BMU http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/46016.php

Anmerkung Scherrmann:

Weil ich diese Pressemitteilung bzw. diese Verfahrensweise fuer sehr bedeutsam halte, habe ich sie hier in ihrer ganzen Laenge aufgenommen.

Ich waere froh, wenn meine grosse Skepsis bzgl. einer Reduktion von krankmachenden Industriechemikalien durch diese Koalition unbegrundet waere.

=====

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

9/2010, 07.07.2010

Kinderspielzeug darf nicht zu Allergien führen

BfR fordert strengere Regelungen für Nickel und Duftstoffe in Spielzeug

Spielzeug, das Metalllegierungen enthält, sollte nach Auffassung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) nur minimale Mengen an Nickel abgeben. So können Kinder besser vor sogenannten Kontaktallergien geschützt werden, das sind allergische Hautreaktionen, die durch den Hautkontakt mit einem Stoff ausgelöst werden können. Neben Nickel können auch einige Duftstoffe Kontaktallergien auslösen. Diese Stoffe sollten nach Einschätzung des Instituts in Spielzeug für Kinder unter drei Jahren gar nicht nachweisbar sein. Denn je früher ein Mensch im Laufe seines Lebens mit allergieauslösenden Stoffen über die Haut in Kontakt kommt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er ihnen gegenüber sensibilisiert wird und in der Folge Allergien dagegen entwickelt. „Daher sollte Spielzeug, das Kinder täglich in die Hände nehmen, mit Blick auf seine stoffliche Zusammensetzung besonders hohe Sicherheitsanforderungen erfüllen“, sagt Professor Dr. Dr. Andreas Hensel, Präsident des BfR.

http://www.bfr.bund.de/cm/216/kontaktallergene_in_spielzeug_gesundheitliche_bewertung_von_nickel_und_duftstoffen.pdf

Anmerkung Scherrmann:

Ein erster Schritt. Aber was ist mit Bispheno A , Phthalaten, weiteren Schwermetallen etc. in Kinderspielzeug? Ich denke, Kontakt-Allergien sind noch die harmloseren Folgen von mit Schadstoffen belastetem Spielzeug, und auch von Duftstoffen.

=====
UBA

04.06.2010

**Umweltbundesamt: Umweltschädliche Subventionen kosten 48 Milliarden Euro
Haushalt entlasten, Umwelt schützen – Umweltbundesamt legt Subventionsbericht vor**

Umweltschädliche Subventionen kosten den Fiskus gut 48 Milliarden Euro pro Jahr; das entspricht rund einem Fünftel des Bundeshaushaltes. Und die Tendenz ist leider steigend. Fast die Hälfte der Subventionen begünstigt direkt den Verbrauch fossiler Energieträger und macht so Anstrengungen im Klimaschutz teilweise zunichte. „In Zeiten der Rekordverschuldung müssen alle Subventionen auf den Prüfstand. Der Abbau sollte allerdings nicht nach dem Rasenmäherprinzip erfolgen, sondern gezielt bei umweltschädlichen Subventionen ansetzen“, sagt Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes (UBA). Mit der aktuellen Studie gibt das UBA der Finanzpolitik eine Entscheidungsgrundlage an die Hand: „In der Krise besteht die einmalige Chance zum ehrlichen Kassensturz. Umweltschädliche Subventionen belasten den Haushalt zweimal: Heute durch Mehrausgaben und Mindereinnahmen des Staates und morgen durch erhöhte Kosten für die Beseitigung von Schäden an Umwelt und Gesundheit“, so Flasbarth. ...

Das Hintergrundpapier „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland – Aktualisierung für 2008“ steht unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3780.pdf> .

Die neue, umfassende Studie zu den umweltschädlichen Subventionen erscheint in Kürze.

Die Vorgängerstudie „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland“ mit Daten für das Jahr 2006 steht unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3659.pdf> .

Pressemitteilung: http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2010/pd10-032_umweltschaedliche_subventionen_kosten_48_milliarden_euro.htm

Anmerkung Scherrmann:

Ich denke, dieses Papier ist wichtig fuer die politische Arbeit in der BRD und in Europa. Hoffen wir, dass dieses Papier nicht nur fuer die Schublade entstand, sondern seinen Niederschlag in vielen gesetzlichen Aenderungen findet.

=====
Ende des newsletter/d/124

Wie ueblich koennen Sie diesen newsletter auch unter <http://www.safer-world.org/d/newsletter/2010/124.htm> als htm- oder unter <http://www.safer-world.org/d/newsletter/2009/124.pdf> als pdf-Datei downloaden.

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Allle Links wurden kontrolliert. Falls Sie auf einen Link stossen, der in der Zwischenzeit nicht mehr funktioniert, bin ich dankbar, wenn Sie mir diesen mitteilen.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Impressum:

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org ,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-
Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt